

#bewegungjetzt

ROT-GRÜNES MANIFEST 2013

Zeit, dass sich was bewegt

Warum unser Land einen politischen Frühling braucht

Am 22. September wird der Bundestag neu gewählt. Damit fällt die Entscheidung, welche Richtung die Politik der Bundesrepublik in den kommenden vier Jahren nimmt. So einfach, so wichtig. Denn die routinierte Betriebsamkeit der Berliner Republik befasst sich viel mit Umfragewerten und Kommunikationstaktik, aber kaum noch mit Politik. Dabei steht unser Land heute vor handfesten Herausforderungen. Nach Jahren mutloser Politikverwaltung unter Schwarz-Gelb haben wir in Deutschland im Herbst 2013 die Chance, diese Herausforderungen endlich anzunehmen und die Dinge zum Besseren zu wenden. Die meisten Bürgerinnen und Bürger wissen, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Sie erwarten, dass die Politik bestehende Probleme offen anspricht und die Chancen verantwortungsbewusst ergreift. Sie wollen Veränderung mit Weitsicht statt Stillstand und Durchlavieren. Deutschland braucht einen politischen Frühling.

Es ist unübersehbar: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat eine Vorstellung von einer guten, von einer besseren Gesellschaft. Ob mit Blick auf gleiche Bildungschancen oder die Regulierung der Finanzmärkte, gute Arbeit oder leistungsgerechte Löhne, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder eine gerechtere Vermögensverteilung, eine effiziente und erneuerbare Energieversorgung oder eine ökologische Produktionsweise, die Wiederentdeckung des gemeinsamen, öffentlichen Raums oder intakte Kommunen. Bei den anstehenden großen Aufgaben geht es nicht einfach um Sachzwänge oder Notwendigkeiten, es geht dabei um die Leidenschaft und die Freude, Dinge gemeinsam zum Guten zu verändern. There is an Alternative: Es geht darum, sich nicht länger von angeblicher Alternativlosigkeit lähmen zu lassen, sondern das Leben in die Hand zu nehmen. Das meinen wir, wenn wir sagen: Deutschland braucht einen politischen Frühling.

Ein gemeinsamer Anfang

Ein Kreuz am Wahltag macht noch keine bessere Politik. Aber es ist ein Anfang. Und dieser Anfang hängt nicht nur an zwei Parteien. Wir können ihn nur gemeinsam schaffen: Frauen und Männer, Junge und Ältere, ArbeiterInnen und Kreative, Angestellte und Unternehmungslustige, WissenschaftlerInnen und Kulturschaffende, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Gewerkschaften und Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, Vereine und Verbände. Kurz: Wir, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Von der Befreiung, wenn sich was bewegt

Wir alle kennen aus unserem privaten Leben das Zögern, wenn wir wissen, dass sich etwas bewegen muss. In der Politik steht Angela Merkel wie niemand sonst für dieses Zögern und Durchlavieren, das sich vor wichtigen Schritten drückt. Aber wir alle kennen auch das Durchatmen, die Befreiung, wenn man den Mut aufgebracht hat, sich zu bewegen und den Aufbruch zu wagen, von dem man schon lange wusste, dass er richtig ist.

Wer morgen gut und sicher leben will, muss jetzt für Bewegung sorgen. Der gegenwärtige Stillstand wirft uns zurück. Anstatt die Zukunft aufzuschließen, leben wir momentan von der Substanz: sozial, ökologisch, aber auch mit Blick auf die ökonomischen Felder der Zukunft. Das Merkelsche Gipfel-Hopping ist nur die Simulation von Politik. Hinter der medial inszenierten Betriebsamkeit verbirgt sich die gähnende Leere des bloßen Machterhalts. Damit der Mehltau endlich von den Blättern verschwindet: Deshalb braucht unser Land einen politischen Frühling.

Wir haben keine Zeit mehr zu warten

Unser Land hat keine Zeit mehr zu verlieren. Nicht mit Blick auf eine soziale und ökologische Neubegründung unserer völlig aus dem Ruder gelaufenen Marktwirtschaft. Nicht mit Blick auf eine Stärkung und Erneuerung unseres öffentlichen Raums, der auseinanderfällt. Nicht mit Blick auf eine gute Betreuung und gute Bildung für unsere Kinder, die unsere Zukunft sind. Nicht mit Blick auf den Eintritt in ein neues, nachhaltiges Industriezeitalter, der notwendig ist, wenn wir auf unserem Globus das Klima schützen und Wohlstand für alle erreichen wollen. Was in der Bundesrepublik passiert, der weltweit viertgrößten Volkswirtschaft, hat aus globaler Sicht Gewicht. Wenn uns der qualitative Sprung gelingt, begründen wir nicht nur unsere eigene Zukunft, sondern zeigen auch anderen, dass das gelingen kann.

Wir haben diese gesellschaftlichen Ziele auf der Ausgabenseite vor Augen, wenn wir die staatliche Handlungsfähigkeit auf der Einnahmenseite erhöhen wollen – durch einen Innovationssprung unserer Ökonomie, aber auch durch eine angemessenen stärkere Einbeziehung hoher Einkommen und großer Privatvermögen. Umverteilung ist für uns kein Selbstzweck, sondern sie ist die Voraussetzung für ein intaktes Gemeinwesen, für eine gute öffentliche Infrastruktur. Und auch wenn es das neoliberale Menschenbild einiger Leitartikler verwirren mag: Die Wohlhabenden in unserem Land sind zu mehr Solidarität bereit, um in unsere öffentliche Infrastruktur, um in unsere Zukunft zu investieren.

Es ist Zeit, dass sich was dreht. Weil sich die Welt dreht. Weil wir sonst den Wandel der Arbeitswelt verschlafen. Weil unsere Lebensorte und Sicherungssysteme sonst nicht auf den demografischen Wandel vorbereitet sind. Weil wir sonst beim Kampf gegen Klimawandel zurückfallen. Weil wir sonst die Chancen des digitalen Wandels ungenutzt lassen. Weil wir sonst weiter in die Schuldenfalle laufen, anstatt unser Gemeinwesen aus den realen Einnahmen zu finanzieren. Weil wir sonst unser gemeinsames Europa gefährden, anstatt weiter zusammen zu wachsen und es in Vielfalt zu leben.

Das Wahljahr braucht eine Öffentlichkeit, in der die Zukunft unseres Landes verhandelt wird

Weil es gesellschaftlich bei den kommenden Wahlen um sehr viel geht, bitten wir die politische Öffentlichkeit in unserem Land, sich im Wahljahr den tatsächlichen gesellschaftlichen Fragen unseres Landes zuzuwenden. Wahlen sind in der Demokratie Auseinandersetzungen um Ideen und Konzepte, die durch Parteien und KandidatInnen vertreten werden. Demokratie fängt überhaupt erst dort an, wo der Raum verschiedener Möglichkeiten betreten wird. Unsere Gesellschaft braucht diese Auseinandersetzung in der Sache, anstatt den Wahlkampf zur inhaltslosen Spekulationsblase auf Prozenz zu lassen. Ganz gleich wo wir beruflich oder politisch stehen: Arbeiten wir mit an einer Öffentlichkeit, in der im Wahljahr die Zukunft unseres Landes verhandelt wird, in der um Ideen und Vorschläge gestritten wird – und nicht nur um das Preisgeld auf die richtige Prognose.

Blackbox Merkel: Weiß irgendwer, was sie vorhat?

Unsere Gesellschaft braucht Räume, in denen der Wettstreit um Ideen und Konzepte sichtbar wird, anstatt diese systematisch zu verdunkeln. Das System Merkel ist eine Blackbox: Alles hängt von Merkel ab – aber kein Mensch weiß, was sie in der nächsten Wahlperiode vorhat. Kein Mensch weiß, wohin sie mit unserer Gesellschaft will. Alles dient dem Machterhalt als Selbstzweck, der Demobilisierung von Gegner und Öffentlichkeit. Das System Merkel verhindert nicht nur politische Gestaltung, es lähmt unsere Demokratie. Ein gesellschaftlicher Aufbruch bedeutet deshalb auch, dass sich die Öffentlichkeit im Wahljahr der Politik zuwendet, sich für Ideen, Konzepte und Unterschiede interessiert. Nur so kann auf Merkels Herbst ein neuer Frühling folgen.

Vision mit Augenmaß verbinden

Der politische Aufbruch, den unsere Gesellschaft dringend braucht, verbindet Vision mit Augenmaß. Gewiss ziehen die Menschen die Technokratie und Orientierungslosigkeit von Merkel einem Abenteuer mit offenem Ausgang vor, wie es Linkspartei oder Piraten im Angebot haben. Aber sie sehnen sich nach einem Aufbruch, der beides verbindet: Orientierung mit Vertrauen, Realismus mit Substanz.

Augenhöhe und Respekt

Dabei haben Rot und Grün jeweils ihre Lektionen aus der ersten gemeinsamen Regierungszeit auf Bundesebene gelernt: Rot-Grün hat zwischen 1998 und 2005 wichtige Impulse gegeben. Unser Land ist in diesen Jahren offener, ökologischer und dynamischer geworden. Jetzt hat Rot-Grün die Chance, aus der damaligen Koalitionserfahrung zu lernen, um noch besser zu werden. Rot-Grün hat verstanden, dass eine gute Koalition ein gutes und vertrauensvolles Miteinander beider Parteien braucht, wie sie die Koalitionen von Sozialdemokraten und Grünen in den Bundesländern und Kommunen bereits vorleben. Rot-Grün hat verstanden, dass es einen Kern an gemeinsamen Projekten braucht, die man aus gemeinsamer Überzeugung realisiert. Rot-Grün hat verstanden, dass gute Politik den gesellschaftlichen Dialog suchen muss, um einen gemeinsamen Aufbruch zu erzeugen. Rot-Grün hat verstanden, dass ökonomische Innovation und ökologische Verantwortung ebenso zusammengehören wie ökonomische Dynamik und soziale Gerechtigkeit. Besser wird man, wenn man auch bereit ist, aus Fehlern zu lernen.

Mit Sozialdemokratie und Grünen stehen sich 2013 zwei eigenständige Parteien auf Augenhöhe gegenüber, die nicht nur um ihre Gemeinsamkeiten, sondern auch um ihre Unterschiede wissen, und sich mit Respekt begegnen. Die SPD hat verstanden, dass Die Grünen dauerhaft eine starke Partei mit einer eigenen Geschichte, einer eigenen Agenda und einer eigenen WählerInnenbasis sind. Und natürlich gehört zur Anerkennung von Eigenständigkeit die Einsicht, dass es auch Grün-Rot geben kann und dass die Grünen – wie die SPD – andere Regierungsoptionen in Betracht ziehen, wenn es für Rot-Grün nicht reicht. Umgekehrt haben Die Grünen verstanden, dass die SPD als Volkspartei mit langer Geschichte und breiter WählerInnenbasis eine wichtige gesellschaftliche Rolle zukommt: gerade wenn es darum geht, soziale Gerechtigkeit und ökonomische Vernunft miteinander zu verbinden. Gewonnenes Vertrauen und gewonnener Respekt sind eine gute Basis, um ab Herbst 2013 gemeinsam zu regieren.

Der politische Frühling hat in den Ländern und Kommunen längst begonnen

Wie kompetente und vertrauensvolle, ideenreiche und realistische Regierungszusammenarbeit von Rot und Grün aussehen kann, machen viele aktuelle Landesregierungen bereits vor. Der Frühling hat in den Ländern längst begonnen: in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, in Rheinland-Pfalz und Bremen. Bereits jetzt werden sechs Bundesländer mit insgesamt 45 Millionen Einwohnern rot-grün und in einem Fall grün-rot regiert. Hinzu kommen viele Kommunen, in denen Sozialdemokraten und Grüne erfolgreich gemeinsam regieren. Verliert Schwarz-Gelb bei den Landtagswahlen im September in Hessen und Bayern ebenfalls die Mehrheit, existiert ab Herbst auf der Ebene der Bundesländer überhaupt nur noch ein einziges Exemplar der Spezies Schwarz-Gelb. Es gibt kein gesellschaftliches Fundament mehr für Schwarz-Gelb – weder als politisches Projekt noch als sozialkulturelle Formation. Und auch im Bund hat sich die Lage machtpolitisch verschoben, spätestens seit Rot-Grün im Bundesrat den Ton angibt – woran sich auch nach der Bundestagswahl im September nichts ändern wird, egal wie diese ausgeht. Der politische Frühling hat in den Ländern und Kommunen längst begonnen. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass er auch im Bund erblüht.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Dabei besteht die Stärke von Rot-Grün zum einen darin, dass dieses Bündnis ein gutes gemeinsames Fundament an Werten und Anliegen besitzt. Zum anderen führen aber auch die Unterschiede zu gemeinsamer Stärke. Beide Parteien sind in der Lage, mit unterschiedlichen Ansätzen unterschiedliche Teile der Gesellschaft zu gewinnen und zu binden: Frauen und Männer, FacharbeiterInnen und junge Kreative, sozial Benachteiligte und solidarische Mitte, Junge und Alte, Familien mit Kindern, Paare mit und ohne Trauschein, Stadt und Land, GewerkschafterInnen und MittelständlerInnen, innovative UnternehmerInnen und kritische KonsumentInnen. Die Unterschiede mit Blick auf Milieus und Anliegen machen die gemeinsame Stärke aus. Gerade deshalb steht eine gesellschaftliche Mehrheit hinter dieser Konstellation.

Jetzt deutlich machen, was wir gemeinsam für unser Land bewirken werden

Wenn wir aber einen Wechsel für eine andere, eine bessere Politik wollen, dann müssen wir jetzt – bei allen Unterschieden – deutlich machen, was wir gemeinsam und im Bündnis mit vielen gesellschaftlichen Akteuren verändern wollen.

Für all diejenigen, die sich vorstellen können, Rot oder Grün zu wählen, ist zwar wichtig, was in den jeweiligen Wahlprogrammen steht. Entscheidend ist aber eine Vorstellung davon, was Rot und Grün am Ende tatsächlich gemeinsam beginnen werden. So wichtig uns die jeweiligen Parteien sind, so sehr hat für uns die Frage Vorrang, wie wir gemeinsam unser Land voran bringen können.

Deshalb lassen wir uns nicht vom postdemokratischen Spiel um Umfragewerte, Vorwurfsrituale und Kommunikationspatzer schwindelig machen. Was unser Bündnis ausmacht, ist die Idee einer anderen, einer besseren gesellschaftlichen Praxis. Mit Herz und Verstand, mit Offenheit und Offensivgeist. Die Politik sollte aufhören so zu tun, als hätte sie auf alles eine Antwort und könne alles regeln. Aber wir wollen Auskunft geben, für welchen Wechsel, für welche gemeinsame Politik wir am 22. September eine Mehrheit gewinnen wollen. Dafür bedarf es nicht nur gemeinsamer Werte, sondern auch konkreter gemeinsamer Projekte, an denen sich die Chancen unserer Gesellschaft festmachen.

10 Punkte für den rot-grünen Aufbruch 2013

Es sind 10 Punkte, in denen sich die gesellschaftliche Chance im Wahljahr beschreiben lässt. Diese 10 Punkte sind keine Kleinigkeiten, sondern große Aufgaben, die unser aller Kraft und Leidenschaft erfordern.

1. Aufbruch in die nachhaltige Industriegesellschaft

Wie uns der Schritt in die Ökonomie der Zukunft gelingt

Wir wollen gemeinsam die Tür weit aufstoßen hin zu einem neuen Industriezeitalter, das mit der Natur wächst – und nicht gegen sie. Einer neuen Gründerzeit, die über neue Produktionsweisen materiellen Wohlstand für alle mit dem Reichtum einer intakten Natur verbindet. Wir verstehen industrielle Innovationskraft als Hebel der sozialen und ökologischen Moderne. In der nachhaltigen Produktion liegt unsere ökologische wie ökonomische Zukunft. Der Umbau ist nicht ohne Hürden: Neue Technologien sind erforderlich. Infrastruktur muss umgebaut werden und neu entstehen. Aber die Chancen für Deutschland und ganz Europa sind groß. Denn das alte Wirtschaftsmodell mit seinem enormen Energie- und Rohstoffhunger hat ausgedient. Jetzt geht es darum, eine neue, umweltverträgliche Basis der Wertschöpfung zu schaffen, die Wohlstand für alle sichert und die Arbeit der Zukunft schafft. Moderne Grundstoffindustrien, intelligente Netze, regenerative Energien, regenerative Materialien, Recycling und Ressourceneffizienz sind die Grundlagen der Transformation. Während ein Ordnungsrahmen Anreize für nachhaltige Entwicklung setzt und öffentliche Investitionen die Infrastruktur schaffen, wird rot-grüne Industriepolitik den Wandel in den einzelnen Branchen befördern. Der notwendige Innovationsschub braucht eine aktive Politik – von der Energiewende bis zur Agrarwende, vom Maschinenbau bis zum Baugewerbe, von der Automobil- bis zur Chemieindustrie.



Unsere Gesellschaft braucht Rot-Grün, um die vierte industrielle Revolution in die Wege zu leiten.

2. Aufbruch in eine erneuerbare Zukunft

Wie wir die Energiewende sauber, sicher und bezahlbar schaffen

Wir wollen die Energiewende endlich schaffen – anstatt sie wie die Regierung Merkel/Rösler zu chaotisieren und zu gefährden, nachdem wir nach 1998 den Atom-Pfad verlassen und die Energiewende eingeleitet haben. Wir packen eines der größten Transformationsprojekte unserer Zeit wieder an und schaffen so neue Energie: sauber, sicher und bezahlbar. Gemeinsam ziehen wir die Konsequenz daraus, dass die natürlichen Ressourcen endlich sind. Wir sorgen wieder für Planungssicherheit der Investitionen in die Erneuerbaren. Wir zeigen, wie man wirtschaftliche Anreize zum produktivitätssteigernden Energiesparen richtig setzt. Wir zeigen, wie der soziale Ausgleich beim energetischen Umbau gelingt. Wir zeigen, wie eine moderne Industriegesellschaft im 21. Jahrhundert erneuerbar und effizient wirtschaftet. Rot-Grün schiebt an: den energetischen Umbau unserer Städte, unserer Häuser, unserer Energieinfrastrukturen. Und wir sorgen dafür, dass die Energiewende auch in der Verkehrspolitik ankommt. Die Energiewende ist nicht nur für Deutschland eine riesige Chance, sondern für ganz Europa. Und auch die Energiepolitik anderer Regionen wird sich ändern, wenn wir zeigen, wie es gehen kann.



Unsere Zukunft braucht Rot-Grün, damit das Zeitalter der Nachhaltigkeit endlich beginnen kann.

3. Aufbruch in die Teilhabegesellschaft

Wie wir Arbeit sichern, den öffentlichen Raum stärken und gute Institutionen für alle schaffen

Wir setzen uns dafür ein, dass alle teilhaben, dass sich alle als AutorInnen ihres Lebens begreifen können. Wir schaffen die Zugänge zu guter Bildung und guter Arbeit für alle. Wir werden die Mittel mobilisieren, um alle 45.000 Schulen in Deutschland zu Orten der Zukunftshoffnung und der Lernfreude zu machen – für alle Kinder, ob aus armen oder reichen Familien. Wir wollen Schul- und Berufsabschlüsse, die Wege in gute und sichere Arbeit öffnen. Menschengerechte Arbeitszeiten, leistungsgerechte Löhne und zuverlässige Sozialversicherungen, die am Bürgerstatus anknüpfen, zeichnen die Teilhabegesellschaft aus.

Rot-Grün kann eine neue Idee von Öffentlichkeit begründen und das Auseinanderfallen unserer Gesellschaft beenden. Gerechtigkeit bemisst sich daran, dass alle an den öffentlichen Gütern teilhaben und niemand außen vor bleibt. Wir brechen auf in eine inklusive Gesellschaft, die allen Zugang eröffnet. Eine Politik der Teilhabe braucht deshalb neben einer menschenwürdigen Grundsicherung vor allem die Erneuerung und Stärkung unserer öffentlichen Institutionen. Wir wollen sie an die Öffentlichkeit zurückgeben: unsere Orte, Räume und Netze. Ob Kitas oder Schulen, Hochschulen oder Ausbildung, Verkehrsmittel oder Energieversorger, Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen, Jobcenter oder Arbeitsagenturen, (Spiel-)Plätze oder Stadtteilzentren, Jugend- oder Kultureinrichtungen: überall dort entscheidet sich, ob Menschen dabei sein können – oder draußen vor der Tür bleiben. Die Erneuerung all dieser öffentlichen Institutionen erfordert höhere Qualität, Öffnung für alle, bessere Beteiligungsmöglichkeiten und gute Organisation. Das gilt auch für die solidarische Erneuerung unserer sozialen Sicherungssysteme: von einem menschenwürdigen Regelsatz über die Bürgerversicherung bis hin zu einer armutsfesten Rente.

Gerechtigkeit macht aus unserer Sicht nicht an den Landesgrenzen halt. Wir streiten gemeinsam mit der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für eine gerechte Welt, in der alle Menschen die Chance auf ein Leben in Wohlstand und Selbstbestimmung haben. Anstatt als drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt Unheil zu verbreiten, sollten wir die Entwicklungs- und Schwellenländer bei einer nachhaltigen ökonomischen und sozialen Entwicklung unterstützen und das 0,7%-Ziel der Vereinten Nationen endlich einlösen.



Unsere Gesellschaft braucht Rot-Grün, um wieder zusammenzufinden und den öffentlichen Raum neu zu begründen.

4. Aufbruch in ein solidarisches Land

Wie wir zu einem gerechten Lastenausgleich in unserer Gesellschaft kommen

Wir wollen dafür sorgen, dass die Lasten in unserem Land wieder gerecht verteilt werden, damit die Gesellschaft wieder ins Gleichgewicht kommen kann. Das heißt zu allererst, dass wir aufhören, Schulden auf die Zukunft zu machen. Rot und Grün stehen dafür, dass die notwendigen gesellschaftlichen Ausgaben und Investitionen nicht auf Pump finanziert werden, sondern aus den realen Einnahmen. Das heißt aber auch, dass wir in eine öffentliche Infrastruktur investieren, die allen Teilhabe ermöglicht. Deshalb wollen wir unsere Wertschöpfung auf eine neue, nachhaltige Basis stellen. Und deshalb wollen wir gemeinsam Steuerschlupflöcher schließen sowie hohe Einkommen und große Privatvermögen stärker in die Finanzierung des Gemeinwesens einbeziehen. Die wohlhabenden Menschen in unserer Gesellschaft sind zur Solidarität bereit, um neue Chancen für alle Kinder zu schaffen und eine gute öffentliche Infrastruktur zu finanzieren. Zugleich wollen wir mit einem allgemeinen und flächendeckenden Mindestlohn erreichen, dass es von vornherein gerechter zugeht, indem alle Menschen von ihrer Arbeit auch leben können.



Unser Land braucht Rot-Grün, um zu einem neuen sozialen Ausgleich zu kommen.

5. Aufbruch in ein europäisches Deutschland

Wie wir Europa gemeinsam stärken

Wir wollen dazu beitragen, dass Europa näher zusammenkommt anstatt sich weiter zu spalten. Wir sind dankbar, dass unsere Eltern und Großeltern ein gemeinsames Europa gewagt haben. Heute dürfen wir das Erreichte nicht verspielen, sondern brauchen neue Dynamik. Das sind wir der Jugend Europas schuldig. Es ist fahrlässig, wie die europäische Solidarität und die europäische Solidität von der Regierung Merkel aufs Spiel gesetzt werden. Gerade die deutsche Wirtschaft hat von der Währungsunion massiv profitiert und deutsche Banken verdienen bis heute hervorragend in ihr. Es ist an der Zeit für einen neuen, gemeinsamen Aufbruch nach Europa. Anstatt die Infrastrukturen in anderen Ländern zu zerstören, müssen wir sie gemeinsam für eine bessere Zukunft aufbauen. Anstatt die Regulierung der Finanzmärkte zu verzögern, müssen wir sie jetzt entschieden in die Hand nehmen. Die dramatische Jugendarbeitslosigkeit gerade im Süden Europas ist für uns ein Auftrag zum Handeln. Europa braucht die Initiative für eine Politik der Solidität und der Solidarität, für mehr Demokratie und Bürgernähe, für eine Union der nachhaltigen Prosperität und der Erneuerbaren Energien. Hören wir also auf zu jammern – und fangen wir an Europa gemeinsam zu gestalten.



Unsere Gesellschaft braucht Rot-Grün, weil wir Europa zusammenbringen müssen – anstatt es auseinanderzutreiben.

6. Aufbruch in eine lebendige Demokratie

Wie wir Freiheit, Bürgerbeteiligung und Transparenz stärken

Wir brauchen einen Wechsel hin zu einer neuen, einer lebendigen demokratischen Kultur. Wir erweitern die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und stärken die Parlamente als lebendige Orte der Auseinandersetzung und Entscheidung. Wir wollen eine inklusive Demokratie, in der alle gleichermaßen repräsentiert sind und mitwirken können – unabhängig von Geldbeutel oder Zeitbudget. Und wir wissen, dass sich Demokratie nur in einem lebendigen Raum der Möglichkeiten ereignen kann – jenseits von behaupteter Alternativlosigkeit und Expertokratie. Mitsprache braucht Transparenz: Deshalb legen wir das Regierungshandeln offen, auch mit Hilfe der neuen digitalen Möglichkeiten, und stärken die Kultur- und Medienlandschaft, deren Vielfalt immer stärker unter Druck gerät.



Unsere Demokratie braucht Rot-Grün, um neue demokratische Lebendigkeit zu entfalten, um zu mehr Beteiligung und besserer Repräsentation zu kommen.

7. Aufbruch in eine faire Marktwirtschaft

Wie wir die Marktwirtschaft sozial und ökologisch neu begründen

Wir setzen uns ein für eine soziale und ökologisch nachhaltige Neubegründung unserer Marktwirtschaft. Finanzkrise und Klimakrise sind Ausdruck eklatanten Marktversagens. Wir setzen den Märkten mit einem werteorientierten Ordnungsrecht klare soziale und ökologische Leitplanken. Preise müssen die ökologische und soziale Wahrheit sprechen. Fairer Wettbewerb ist gerade für kleine und mittlere Unternehmen eine elementare Voraussetzung. Das Wettbewerbsrecht braucht deshalb neue Instrumente, die verhindern, dass einzelne Unternehmen ihre Marktmacht ausnutzen und ökologische und soziale Kosten auf Gesellschaft und Umwelt verlagern. Wir fördern das gesellschaftliche Innovationsklima und verbessern die Bedingungen für Existenzgründungen.



Unsere Wirtschaft braucht Rot-Grün, um zu fairen Märkten sowie einem ökologischen und sozialen Ordnungsrahmen zu kommen.

8. Aufbruch zu starken Kommunen

Wie wir das Leben vor Ort in den Mittelpunkt stellen

Wir wollen die Kommunen als die zentralen Orte unseres Zusammenlebens neu ins Spiel bringen und nehmen den Bund dafür in die Verantwortung. Es wird Zeit, dass die Gemeinden und Städte wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben wahrzunehmen, denn dort werden Gesellschaft und Demokratie praktisch gelebt. Wir haben verstanden: Es ist an der Zeit, das Gegeneinander von Bund, Ländern und Kommunen zu beenden. Deshalb heben wir das Kooperationsverbot auf und tragen zu neuem Miteinander bei. Wir spielen weder Ost und West noch Nord und Süd gegeneinander aus, sondern packen die Probleme dort an, wo sie bestehen.



Die Kommunen brauchen Rot-Grün als Treuhänder ihrer Interessen und des Zusammenlebens vor Ort.

9. Aufbruch in eine gleichberechtigte Gesellschaft

Wie wir das Versprechen der Gleichberechtigung endlich einlösen

Wir wollen die Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern zurück auf die Tagesordnung bringen. Obgleich es in den letzten Jahrzehnten zweifellos Fortschritte im Verhältnis zwischen Männern und Frauen gab, so müssen wir dennoch feststellen: Gleichberechtigung ist nach wie vor ein uneingelöstes Versprechen. Mehr noch: Wir sehen fassungslos, wie sich alte Rollenbilder wieder verfestigen und in Wirtschaft, Politik und Alltag neuer Sexismus entsteht. Als spielte Mad Men nicht in den Sechzigern, sondern heute. Das Frauenbild der schwarz-gelben Koalition ist ebenso veraltet wie deren Familienbild. Ein besonders haarsträubender Ausdruck dessen ist die schwarz-gelbe Zuhause-bleib-Prämie. Zugleich leiden Frauen noch immer unter Doppel- und Dreifachbelastung. Mit Rot-Grün besteht die Chance einer neuen gesellschaftlichen Praxis: mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit, mit tatsächlicher Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mit einer Quote für Frauen in Aufsichtsräten, mit einer gerechten Vertretung in der Politik, aber auch mit einer Politik, die Männer in ihren neuen Rollen unterstützt.



Unsere Gesellschaft braucht Rot-Grün, weil sie weiß, dass ein gutes Leben nur ein gleichberechtigtes Leben sein kann.

10. Aufbruch in eine offene Gesellschaft

Wie wir den gegenseitigen Respekt und die Bürgerrechte stärken – auch im Netz

Wir wollen ein gesellschaftliches Klima der Offenheit und der gegenseitigen Anerkennung bestärken, das in den letzten Jahren immer wieder stark gelitten hat. Eine offene Gesellschaft lebt von starken Bürgerrechten. Wir brauchen Sicherheit, die im Dienst der Freiheit steht und sie nicht abschafft. Wir machen uns auf den Weg in ein inklusives Land, in dem niemand aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Identität, religiöser Überzeugung, Aussehen, Alter oder Behinderung vor der Tür steht. Wir erleichtern die Einbürgerung, damit all diejenigen mitbestimmen können, die schon lange hier leben. Wir setzen uns ein für eine Asylpolitik, die Hilfesuchende menschenwürdig behandelt. Und wir treten dem Rechtsextremismus mit allen rechtstaatlichen Mitteln entgegen, damit etwas wie die NSU-Morde nie wieder passieren kann.

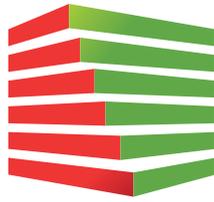
Wir verstehen, wie Digitalisierung und Internet unsere Gesellschaft durchdringen und verändern. Das birgt große Chancen für unsere Arbeitswelt, wie wir kommunizieren, uns informieren, bilden – kurz: wie wir leben. Aber die neuen Möglichkeiten erfordern auch eine neue, konsequentere Durchsetzung des Persönlichkeits- und Datenschutzes. Staat und Politik können durch das Netz transparenter und bürgernäher werden. Und der Zugang ins Netz ist auch zu einer zentralen Gerechtigkeitsfrage geworden: Auch im Netz darf niemand ausgegrenzt und diskriminiert werden. Die Förderung des freien Wissens und die Gewährleistung der Netzneutralität sind für uns Grundlagen einer offenen Gesellschaft.



Unser Land braucht Rot-Grün, weil es sich als Land der Offenheit und der Vielfalt versteht, die es zu verteidigen gilt.

Es ist Zeit, dass sich was bewegt. Nicht nur im Sport entscheiden sich Rennen oft auf den letzten Metern. So war es bei den letzten Landtagswahlen. So wird es auch bei den Bundestagswahlen im September sein. Lassen wir uns also nicht beirren, sondern tun wir das, was wir als Demokraten tun sollten: die Auseinandersetzung um die bessere Zukunft führen. Sozialdemokraten und Grüne tragen in diesem Wahljahr eine gemeinsame Verantwortung. Diese müssen wir jetzt wahrnehmen. If you build it, they will come, sagen sie in Amerika in solchen Fällen.

Fangen wir also an. Die Leute warten darauf.



#bewegungjetzt

ERSTUNTERZEICHNERINNEN UND ERSTUNTERZEICHNER

1. **Kerstin Andreae** (Freiburg)
2. **Annalena Baerbock** (Potsdam)
3. **Dr. Hans-Peter Bartels** (Kiel)
4. **Sören Bartol** (Marburg)
5. **Sabine Bätzing-Lichtenthäler** (Altenkirchen)
6. **Mathilde Bonnefoy** (Berlin)
7. **Edelgard Bulmahn** (Hannover)
8. **Viola von Cramon** (Northeim)
9. **Ekin Deligöz** (Neu-Ulm)
10. **Katja Dörner** (Bonn)
11. **Dr. Tobias Dürr** (Berlin)
12. **Harald Ebner** (Schwäbisch Hall)
13. **Siegmund Ehrmann** (Moers)
14. **Prof. Dr. Rainer Forst** (Frankfurt am Main)
15. **Peter Friedrich** (Konstanz)
16. **Kai Gehring** (Essen)
17. **Prof. Dr. Stefan Gosepath** (Berlin)
18. **Johannes Sevkert Gözalan** (München)
19. **Kerstin Griese** (Ratingen)
20. **Anja Hajduk** (Hamburg)
21. **Rebecca Harms** (Waddewitz/Brüssel)
22. **Michael Hartmann** (Mainz)
23. **Prof. Dr. Anke Hassel** (Berlin)
24. **Britta Haßelmann** (Bielefeld)
25. **Hubertus Heil** (Peine)
26. **Dr. Gunter Hofmann** (Berlin)
27. **Toni Hofreiter** (München)
28. **Dr. Eva Högl** (Berlin)
29. **Prof. Dr. Axel Honneth** (Frankfurt am Main)
30. **Prof. Dr. Stefan Huster** (Bochum)
31. **Ulrich Kelber** (Bonn)
32. **Valentina Kerst** (Köln)
33. **Sven-Christian Kindler** (Hannover)
34. **Lars Klingbeil** (Munster)
35. **Daniela Kolbe** (Leipzig)
36. **Silke Krebs** (Freiburg)
37. **Oliver Krischer** (Düren)
38. **Christian Lange** (Backnang)
39. **Sylvia Loehrmann** (Düsseldorf)
40. **Nico Lumma** (Hamburg)
41. **Katja Mast** (Pforzheim)
42. **Anna-Katharina Meßmer** (Berlin)
43. **Reiner Michalke** (Köln)
44. **Robert Misik** (Wien)
45. **Klaus Ness** (Senftenberg)
46. **Konstantin von Notz** (Möln)
47. **Aydan Özoguz** (Hamburg)
48. **Dr. Werner Perger** (Berlin)
49. **Volker Ratzmann** (Berlin)
50. **Dr. Carola Reimann** (Braunschweig)
51. **Tim Renner** (Berlin)
52. **Michael Roth** (Bad Hersfeld)
53. **Peter Ruhenstroth-Bauer** (Bonn)
54. **Katharina Saalfrank** (Berlin)
55. **Manuel Sarrazin** (Hamburg)
56. **Dr. Hans-Joachim Schabedoth** (Hochtaunus)
57. **Carsten Schneider** (Erfurt)
58. **Theresia Schopper** (München)
59. **Prof. Dr. Wolfgang Schroeder** (Potsdam)
60. **Rita Schwarzelühr-Sutter** (Waldshut)
61. **Peter Siller** (Berlin)
62. **Sonja Steffen** (Stralsund)
63. **Wolfgang Tiefensee** (Leipzig)
64. **Ute Vogt** (Stuttgart)
65. **Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker** (Freiburg)
66. **Matthias von Welck** (Köln)
67. **Stefan Wenzel** (Hannover)
68. **Dirk Wilutzky** (Berlin)
69. **Josef Winkler** (Koblenz)
70. **Feridun Zaimoglu** (Kiel)